

Orientierungshilfe

zur Feststellung des Bedarfs an ergänzender Förderung und Betreuung für Kinder an Grund- und Sonderschulen (Regelbeispiele)

Vorwort

Der Senat wurde durch Parlamentsbeschluss (Drs. 16/0334, 16/0513) aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Bezirken und den Trägern der freien Jugendhilfe Kriterien und Verfahren zu entwickeln, die den Zugang zu Tageseinrichtungen sowie die entsprechende Bedarfsbescheidung erleichtern und vereinheitlichen.

Die nachfolgende Orientierungshilfe wurde entwickelt, um im Rahmen der bestehenden Gesetze und der daraus folgenden rechtlichen Regelungen diese Zielsetzung auch für den Bereich der ergänzenden Förderung und Betreuung von Schulkindern zu erfüllen.

Aufgaben und Ziele der ergänzenden Förderung und Betreuung von Kindern

„Tageseinrichtungen ergänzen und unterstützen als sozialpädagogische Bildungseinrichtungen die Erziehung des Kindes in der Familie durch eine alters- und entwicklungsgemäße Förderung.

Tageseinrichtungen sollen

1. die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern und
2. die Eltern dabei unterstützen, Erwerbsfähigkeit oder Ausbildung und Kindererziehung besser miteinander zu vereinbaren.

Die Förderung umfasst die Bildung, Erziehung und Betreuung des Kindes. Sie soll allen Kindern gleiche Bildungschancen bieten, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit, der sozialen und ökonomischen Situation ihrer Familie und ihren individuellen Fähigkeiten, und soll soziale Benachteiligungen sowie behinderungsbedingte Nachteile möglichst ausgleichen.“ (§1 Abs. 1 KitaFöG)

Für den Bereich der Grundschule ist ein ganzheitliches System von Bildung, Erziehung und Betreuung erforderlich, um eine qualitative Weiterentwicklung in Verbindung und Verantwortung der Bereiche Jugendhilfe und Schule zu ermöglichen. Die Lebenswirklichkeiten heutiger Kinder, insbesondere in städtischen Ballungsgebieten, sind u.a. geprägt von instabiler werdenden sozialen Beziehungen in Familie und sozialem Umfeld, dem Erfordernis einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und von Bildungsbenachteiligungen in unterschiedlicher Ausprägung. Parallel zu diesen Leitgedanken der offenen Ganztagsgrundschule fordert das Gesetz eine Bedarfsprüfung und Beurteilung der im Gesetz genannten Bedarfskriterien.

Um eine möglichst einheitliche Bedarfsprüfung und Auslegung der Bedarfskriterien zu ermöglichen, wurde die nachfolgende Orientierungshilfe entwickelt.

Die vorliegende Orientierungshilfe umfasst Regelbeispiele und ist nicht abschließend zu verstehen, d.h. die notwendige Einzelfallentscheidung gemäß dem gegebenen fachlichen Beurteilungsrahmen innerhalb und auch außerhalb dieser Orientierungshilfe bleibt unberührt. Dieses Arbeitsinstrument soll die Mitarbeiter/innen der Bezirke im Bereich der Bedarfsfeststellung in ihrer Handlungssicherheit stärken. Es soll dazu beitragen, dass die größte Zahl der Fälle durch diese Mitarbeiter/innen allein entschieden werden kann.

Grundsätze der Bedarfsfeststellung

Um den Aufwand sowohl für die Mitarbeiter/innen der Bezirksämter als auch für die Eltern so gering wie möglich zu halten, gelten folgende Grundsätze:

Bedarfsgerechte Förderung

Der durch die Eltern vorgebrachte Betreuungsbedarf ihres Kindes ist der Ausgangspunkt für das Feststellungsverfahren. Dieses erfolgt nach § 19 Abs. 6 SchulG und § 4 Abs. 2 KitaFöG.

Beratung

Eltern haben einen grundsätzlichen Beratungsanspruch. Dazu gehört auch eine Beratung über die Bedarfskriterien (Rechte und Pflichten). Bei erkennbarem Bedarf sollen sie auch über weitere reichende Beratungs- und Hilfsangebote informiert werden

Bedarfsfeststellungsverfahren

Antragsannahme

Die Anträge sollen durch die Schulen an die zuständigen Jugendämter weitergeleitet werden. Bei dieser Weiterleitung an die Jugendämter gilt: Der Antrag ist immer anzunehmen. (§ 20 Abs. 3 SGB X „Die Behörde darf die Entgegennahme von Erklärungen oder Anträgen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, nicht deshalb verweigern, weil sie die Erklärung oder den Antrag in der Sache für unzulässig oder unbegründet hält.“)

Auch Annahmeverweigerung sog. „unvollständiger Anträge“ (z.B. wegen fehlender Nachweise) ist unzulässig. Unvollständige Anträge begründen lediglich Nachforderungen von erforderlichen Unterlagen und ggf. die Zurückstellung der Bearbeitung; die Antragsteller sind darauf hinzuweisen.

Sachbearbeiterentscheidung

Die Entscheidungen werden grundsätzlich eigenverantwortlich durch die Mitarbeiter/innen in der Gutscheinstelle/Bedarfsfeststellungsstelle getroffen. Zu ihrer Unterstützung können Gutachten und Stellungnahmen zugezogen werden.

Bei der Bedarfsbescheiderteilung für die ergänzende Förderung und Betreuung an Grund- und Sonderschulen sind die besonderen Strukturen und Förderangebote der verlässlichen Halbtagsgrundschule bzw. die des gebundenen Ganztages zu berücksichtigen. Pädagogische, soziale oder familiäre Kriterien finden dann ihre Anwendung, wenn der Förderbedarf des Kindes über die vorhandenen Möglichkeiten der Förderung im Rahmen der verlässlichen Halbtagsgrundschule bzw. des gebundenen Ganztages hinausreicht. Liegt bei Antragsstellung z.B. erkennbar Sprachförderbedarf vor, soll zunächst geprüft werden, ob dieser im Rahmen der vorhandenen Fördermöglichkeiten gedeckt werden kann. Ggf. ist eine fundierte, differenzierte Begründung der Schulleitung einzuholen. Die Begründung für eine über die unterrichtliche Förderung hinausgehende Förderung ist aktenkundig zu machen.

Bei Vorliegen von mehr als einem Kriterium kann ein höherer als in dieser Orientierungshilfe vorgesehener Betreuungsumfang festgesetzt werden (Sachbearbeiterentscheidung).

Sozialpädagogische Stellungnahmen können insbesondere vom Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD), von Erziehungs- und Familienberatungsstellen (EFB), dem Jugend- und Gesundheitsdienst (JGD) oder der für Behinderte zuständigen Fachstelle erstellt werden.

Untersuchungsgrundsatz

Aufgabe der Sachbearbeiter/innen ist auch die die Kinder und Eltern begünstigenden Tatsachen zu hinterfragen/zu ermitteln. Der Sachbearbeiter ist gehalten im Rahmen der Beratung auch auf etwaige die Kinder und Eltern begünstigende Tatsachen hinzuweisen.¹

Nachweise

Grundsätzlich werden die Bedarfskriterien für beide Elternteile geprüft; im Fall der Arbeitssuche eines Elternteils sind demzufolge entsprechende Nachweise dafür vorzulegen, dass der andere Elternteil die Betreuung des Kindes nicht übernehmen kann (z.B. Arbeitsnachweise, glaubhafte schriftlich Erklärungen o.ä.).

Bei getrennt lebenden Eltern sind für die Bedarfsprüfung immer nur die Verhältnisse des mit dem Kind zusammenlebenden Elternteils maßgeblich.

Grundlage der Entscheidung ist die Glaubhaftmachung der elterlichen Angaben, soweit die Beschaffung von Unterlagen durch die Antragssteller möglich ist. Anderenfalls sind nachvollziehbare, schlüssige Angaben der Eltern erforderlich. Die antragsbearbeitende Stelle entscheidet nach den Grundsätzen der freien Beweiswürdigung, ob Angaben als glaubhaft anzusehen sind. Soweit keine schriftlichen Unterlagen vorgelegt werden, sind die Gründe der Beweiswürdigung aktenkundig zu machen.

Wenn Nachweise erforderlich sind, sollen diese so verlangt werden, dass sie ohne erheblichen Aufwand beigebracht werden können (z.B. Arbeitsverträge, vorliegende ärztliche Atteste und ähnliches). Es ist ausreichend, wenn diese den Sachbearbeitern zur Einsicht vorgelegt werden.

Wenn Eltern andere gleich geeignete Nachweise vorlegen, als die in der Orientierungshilfe benannten, sind diese zu akzeptieren.

Hinsichtlich der erforderlichen Wegezeiten werden die Angaben der Eltern akzeptiert, soweit sie schlüssig und nachvollziehbar sind. Die entsprechende Beurteilung ist aktenkundig zu machen.

Bearbeitungszeiten

Im Interesse der Planbarkeit für Eltern, Träger und Jugendamt soll die Erteilung von Bedarfsbescheiden unverzüglich nach Beantragung, spätestens zwei Monate nach Antragstellung erfolgen.

Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Höhe der Kostenbeteiligung dürfen nicht zu einer Verzögerung der Erteilung des Bedarfsbescheids führen; hier sind im Interesse einer zügigen Ausstellung die Möglichkeiten der vorläufigen Kostenbeteiligungsfestsetzung nach dem Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz (Glaubhaftmachung des Einkommens) zu nutzen.

Befristung von Bedarfsbescheiden:

Bei jeder Bedarfsprüfung ist die fachliche Zielsetzung einer zuverlässigen und kontinuierlichen, dem Kindeswohl entsprechenden Förderung von Kindern zu berücksichtigen.

¹Beispiel 1: Eltern stellen den Antrag persönlich und beherrschen offensichtlich nicht die deutsche Sprache, haben jedoch keine Angaben zur Familiensprache gemacht bzw. „deutsch“ angegeben.

Im Rahmen des Beratungsauftrages sollen die Eltern darauf hingewiesen werden, dass eine zumindest monatsweise kontinuierliche Förderung des Kindes selbstverständlich aus pädagogischen Gründen günstiger ist und kurzfristige, mehrfache Wechsel des Betreuungsumfanges i.d.R. gegen das Gebot der Kontinuität der Förderung stehen.

Liegen besondere Umstände in der Familie vor, die einen höheren Betreuungsbedarf für einen absehbaren Zeitraum begründen, kann der Bedarf befristet erhöht werden. Die Befristung sollte den gesamten Zeitraum der Maßnahmen umfassen.

Steht die zeitweilige Betreuung im Vordergrund — etwa aufgrund von Fortbildungs-, Ausbildungs- oder Schulungsmaßnahmen der Eltern — ist die Bedarfsfeststellung regelmäßig entsprechend zu befristen.

Pädagogische, soziale oder familiäre Kriterien

SchulG 19 Abs. 6, KitaFöG § 4 Abs. 2 Satz 1

„Ein Bedarf liegt dem Grunde und dem Umfange nach vor, wenn sich dieser aus pädagogischen, sozialen oder familiären Gründen ergibt.“

Bedarfskriterien (beispielhaft; nicht abschließend)	Betreuungsumfang	ggf. erforderliche Nachweise
Entwicklungsverzögerung des Kindes in der Sprachentwicklung	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. ärztliches Attest oder fundierte, differenzierte Begründung der Schulleitung bei einer Umfangserhöhung (z.B. auf Grundlage der vorschulischen Sprachstandsfeststellung bzw. der Sprachförderung)
	höherer Bedarf	2. ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern; oder diesen Bedarf begründendes ärztliches Attest oder Stellungnahme der Schulpsychologie
Entwicklungsverzögerung des Kindes bei der Grob- u. Feinmotorik	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. ärztliches Attest oder fundierte, differenzierte Begründung der Schulleitung bei einer Umfangserhöhung
	höherer Bedarf	2. ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern oder diesen Bedarf begründendes ärztliches Attest oder Stellungnahme der Schulpsychologie

Bedarfskriterien (beispielhaft; nicht abschließend)	Betreuungsumfang	ggf. erforderliche Nachweise
Entwicklungsverzögerung des Kindes in seiner psychischen Entwicklung	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. ärztliches Attest oder fundierte, differenzierte Begründung der Schulleitung bei einer Umfangserhöhung
	höherer Bedarf	2. ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern oder diesen Bedarf begründendes ärztliches Attest oder Stellungnahme der Schulpsychologie
Verhaltensprobleme beim Kind (z.B. ADHS, Aggressivität)	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. ärztliches Attest oder fundierte, differenzierte Begründung der Schulleitung bei einer Umfangserhöhung
	höherer Bedarf	2. ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern oder diesen Bedarf begründendes ärztliches Attest oder Stellungnahme der Schulpsychologie
Erlernen oder Festigen von sozialem Verhalten	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. ärztliches Attest oder fundierte, differenzierte Begründung der Schulleitung bei einer Umfangserhöhung
	höherer Bedarf	2. ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern oder diesen Bedarf begründendes ärztliches Attest oder Stellungnahme der Schulpsychologie

Soziale Kriterien

Bedarfskriterien (beispielhaft; nicht abschließend)	Betreuungsumfang	ggf. erforderliche Nachweise
Versorgung eines Pflegefalles	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. Bescheinigung der Pflegeversicherung oder ärztliches Attest oder vergleichbarer Nachweis
	höherer Bedarf	2. diesen Bedarf begründendes ärztliches Attest oder Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungshilfe
Schwerer Krankheitsfall in der Familie	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. ärztliches Attest oder vergleichbarer Nachweis
	höherer Bedarf	2. diesen Bedarf begründendes ärztliches Attest oder Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungshilfe
Kinder mit Behinderung	Modulwahl je nach individuell nachgewiesenem Bedarf	Nachweise durch Stellungnahmen aller mit dem Kind befassten Stellen, z.B. Zuordnung zum Personenkreis § 35a SGB VIII oder §§ 53,54 SGB XII oder Stellungnahmen der Schulleitung, der Jugendämter, der im Bezirk für Behinderte zuständigen Stelle, der Schulpsychologie oder fachärztliche Gutachten.
Kinder in Trennungssituationen	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungshilfe durch die Eltern oder den verlassenen Elternteil, insbesondere bei nachweisbarem Auszug eines Elternteils
	höherer Bedarf	2. Stellungnahme der Schulpsychologie ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern

Bedarfskriterien (beispielhaft; nicht abschließend)	Betreuungsumfang	ggf. erforderliche Nachweise
Beengte Wohnverhältnisse (Unterschreitung der Vorgaben gem. Nr. 9.4 Abs. 5 f der AV-Wohnen) ²	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfs- gründe vorliegen)	1. Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungs- hilfe, im Zweifel Mietvertrag Einzelfallprüfung
	höherer Bedarf	2. sozialpädagogische Stellung- nahme Einzelfallprüfung
Alleinerziehende ³ die mit der Er- ziehung eines oder mehrerer Kin- der überlastet sind bzw. Schwie- rigkeiten bei der Erziehung haben	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfs- gründe vorliegen)	1. Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungs- hilfe, z.B. ärztliches Attest oder Stellungnahme der Schulpsychologie ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern
	höherer Bedarf	2. Stellungnahme der Schulpsycho- logie/ ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern
Eltern, die mit der Erziehung eines oder mehrerer Kinder überlastet sind bzw. Schwierigkeiten bei der Erziehung haben	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfs- gründe vorliegen)	1. Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungs- hilfe, z.B. ärztliches Attest oder Stellungnahme der Schulpsychologie ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern
	höherer Bedarf	2. Stellungnahme der Schulpsycho- logie/ ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern
Kinder aus Familien mit traumati- schen Erlebnissen aufgrund von Gewalt, Sucht, Delinquenz und anderen Ereignissen	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfs- gründe vorliegen)	1. Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungs- hilfe
	höherer Bedarf	2. Stellungnahme von der ent- sprechenden Zufluchtsstätte (z.B. Frauenhaus) oder Einbeziehung einer Suchtberatung, Stellungnahme der Schulpsychologie
Risikoschwangerschaft	je nach Bedarf (sofern keine weiteren Bedarfs- gründe vorliegen)	diesen Bedarf begründendes ärztli- ches Attest, Einzelfallprüfung

2

Personenzahl	Wohnfläche der Wohnung
für 2 Personen	1 Wohnraum mit insgesamt 30 m ²
für 3 Personen	2 Wohnräume mit insgesamt 50 m ²
für 4 und 5 Personen	3 Wohnräume mit insgesamt 65 m ²
ab 6 Personen	4 Wohnräume mit insgesamt 80 m ²

³Alleinerziehend ist, wer im Sinne des TKBG allein kostenbeteiligungspflichtig ist.

Familiäre Kriterien

SchulG 19 Abs. 6, KitaFöG § 4 Abs. 2 Satz 2

„Ein solcher liegt insbesondere vor, wenn die Eltern des Kindes wegen Erwerbstätigkeit, schulischer oder beruflicher Ausbildung, Studiums, Umschulung oder beruflicher Fort- und Weiterbildung einschließlich der Teilnahme an einer Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit oder wegen Arbeitssuche die Betreuung nicht selbst übernehmen können oder wegen Arbeitssuche die Betreuung nicht selbst übernehmen können.“

Bedarfskriterien	Betreuungsumfang	ggf. erforderliche Nachweise
Erwerbstätigkeit/Ausbildung (Wegezeiten beachten)	je nach Bedarf (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	z.B. Arbeitsvertrag/ Ausbildungsvertrag; bei Selbständigkeit: Gewerbeanmeldung/Steuernummer, ggf. Honorarverträge, <u>bezogen auf den Betreuungsumfang</u> nachvollziehbare, schlüssige Angaben der Eltern
Studium	je nach Bedarf (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	Immatrikulationsbescheinigung und je nach Umfang des Bedarfs entsprechende weitere Nachweise
Umschulung, Fort- u. Weiterbildung, Praktikum (Wegezeiten beachten)	je nach Bedarf (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	Teilnahmezusage
Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit (Wegezeiten beachten)	je nach Bedarf (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	Bescheid des Arbeitsamtes/Jobcenters

Kind lebt in Einrichtungen der Obdachlosenhilfe oder in anderen Not- oder Sammelunterkünften

Bedarfskriterien	Betreuungsumfang	ggf. erforderliche Nachweise
Wohnsitz des Kindes in Not- u. Sammelunterkünften	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungshilfe, Bescheinigung von der Unterkunftsstätte
	höherer Bedarf	2. Stellungnahme der Schulpsychologie/ ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern

SchulG § 19 Abs. 6 Satz 2

Besonderer Betreuungsbedarf bei Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 5 und 6

Bedarfskriterien	Betreuungsumfang	ggf. erforderliche Nachweise
Kind ist zu Beginn der 5. bzw. 6. Jahrgangsstufe unter 10 Jahre alt und ein Bedarf nach § 4 Abs. 2 KitaFöG liegt vor	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungshilfe
	höherer Bedarf	2. Stellungnahme der Schulpsychologie
Die Entfernung zwischen dem Wohnort und der Schule ist vom Kind nicht alleine zu bewältigen, die Eltern sind berufstätig und können ihr Kind erst zu einem späteren Zeitpunkt als dem Ende der verlässlichen Halbtagsgrundschule abholen	Je nach Bedarf	1. Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungshilfe
Pädagogische, soziale oder familiäre Gründe liegen vor, die eine Betreuung und Förderung des Kindes über die 4. bzw. 5. Jahrgangsstufe hinaus zwingend erfordern, wie die Unterbringung in einer Obdachlosenunterkunft, Suchtprobleme in der Familie, ein sonderpädagogischer Förderbedarf oder eine beachtliche Entwicklungsverzögerung des Kindes oder wenn die Erziehungsberechtigten zum Personenkreis der §§ 53 und 54 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch gehören oder Analphabeten sind.	Modul 13.30 — 16.00 Uhr (sofern keine weiteren Bedarfsgründe vorliegen)	1. Glaubhaftmachung gem. dem Hinweis auf S. 3 der Orientierungshilfe, ggf. ergänzt durch ärztliches Attest oder Stellungnahme der Schulpsychologie
	Höherer Bedarf	2. Stellungnahme der Schulpsychologie/ ggf. jugendamtsbekannte Daten mit Einwilligung der Eltern